



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Nachtrag 1 zur Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Gültig ab 1. Januar 2025

318.104.01 1 d RWL

10.24

Vorwort zum Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 2025

Der vorliegende Nachtrag 1 enthält die auf den 1. Januar 2025 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/25 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Insbesondere werden Änderungen im Zusammenhang mit dem Aufschub der Altersrente vorgenommen. Infolge des Urteils des Bundesgerichts [9C 705/2023 vom 4. Juni 2024](#) wird Art. 55^{bis} AHVV integral aufgehoben. Somit können künftig alle Altersrenten aufgeschoben werden; auch diejenigen, die eine Invalidenrente ablösen. Zudem werden auch Altersrenten zu denen eine Hilflosenentschädigung gewährt wird, künftig nicht mehr vom Aufschub ausgeschlossen. Während des Aufschubs der Altersrente besteht jedoch weder Anspruch auf die Hilflosenentschädigung noch auf den Assistenzbeitrag.

Bezüglich der Möglichkeit uneinbringliche Forderungen mit Nachzahlungen oder laufenden Leistungen aus einem EU/EFTA-Staat zu verrechnen, steht seit dem 6. Mai 2024 ein elektronischer Geschäftsprozess zur Verfügung¹. Im vorliegenden Nachtrag werden Bestimmungen im Zusammenhang mit der Verrechnung von Forderungen mit Trägern von EU/EFTA-Staaten aufgenommen (Kap. 10.9.2 und 10.11).

Schlussendlich enthält der vorliegende Nachtrag aufgrund von gesammelten Praxiserfahrungen zudem Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen und redaktionelle Verbesserungen.

¹ [siehe Mitteilung an die AHV-Ausgleichskasse und EL-Durchführungsstellen Nr. 488 vom 19.06.2024](#)

- 1039
1/25 Die versicherte Person oder ihre Vertretung kann die Anmeldung zurückziehen, sofern nicht schutzwürdige Interessen der versicherten Person selbst oder anderer beteiligten Personen dem entgegenstehen. Die Rückzugserklärung muss schriftlich und vorbehaltlos erfolgen. Der Rückzug der Anmeldung ist zulässig, solange die Rentenverfügung noch nicht in Rechtskraft erwachsen ist (Urteil des BVGer vom 30.06.2016 i.S. C_6103/2014; E. 3.5.1). Dies gilt ebenfalls für die Anmeldung zum Rentenvorbezug.
- 4079
1/25 Wenn eine Ausgleichskasse im Zeitpunkt der Rentenanmeldung feststellt, dass ein geschiedener, früherer rentenberechtigter Ehegatte bereits verstorben ist, ist vor dem ZIK ebenfalls ein Splittingauftrag durchzuführen (Rz 3012.1 [KSS](#)).
- 5005
1/25 Massgebend für die Ermittlung der einzelnen Berechnungselemente ist grundsätzlich der Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles (Vollendung Referenzalter, Eintritt Invalidität oder Tod). Für die Berechnung der Rente entspricht das Niveaujahr dem Kalenderjahr, in welchem der Versicherungsfall eingetreten ist. Dies ist insbesondere dann zu beachten, wenn die Rente infolge Verjährung bzw. verspäteter Anmeldung oder Mutation nicht rückwirkend auf den eigentlichen Anspruchsbeginn nachbezahlt oder aus anderen Gründen erst später ausbezahlt werden kann.
- 5005.1
1/25 Der Vorbezug der Altersrente gilt nicht als Versicherungsfall. Das Niveaujahr für die Rentenberechnung entspricht in diesem Fall dem Kalenderjahr, in welchem der Vorbezug beginnt ([Art. 40 Abs. 5 AHVG](#), Rz 6033).
- Beispiel: Ein Mann, geboren am 5. Dezember 1964, bezieht seine Rente ab Januar 2029 um ein Jahr vor. Als Niveaujahr gilt daher 2029.
- 5025.1
1/25 Der Vorbezug der Altersrente gilt hingegen nicht als Versicherungsfall (vgl. Rz 5005.1 und Rz 6033 betreffend anrechenbaren Beitragszeiten).

- 5032.1
1/25 Diese Zeiten können ebenfalls angerechnet werden, wenn für den Ehemann vorgängig die Rückerstattung oder Überweisung seiner Beiträge an einen ausländischen Sozialversicherungsträger vorgenommen wurde.
- 5085
1/25 – ein Ehegatte Anspruch auf eine IV-Rente hat und der andere das Referenzalter erreicht und Anspruch auf eine Altersrente hat oder verstirbt;
- 5085.1
1/25 – ein Ehegatte das Referenzalter erreicht und Anspruch auf eine Altersrente hat und der andere Ehegatte vor Erreichen des Referenzalters verstirbt;
- 5103
1/25 – Bei Weiterarbeit nach Erreichen des Referenzalters werden die beitragspflichtigen Einkommen berücksichtigt, die ab dem Folgemonat nach Erreichen des Referenzalters bis zum Ende des Monats vor Auszahlungsbeginn der neu berechneten Rente bzw. bis höchstens fünf Jahre nach Erreichen des Referenzalters erzielt werden (vgl. Rz 5081). Grundsätzlich werden die Erwerbseinkommen gemäss IK-Eintrag berücksichtigt.
- 5142
1/25 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles (Invalidität, Alter oder Tod) während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so setzt sich die Einkommenssumme aus allen Erwerbseinkommen zusammen, für die die Person vom 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres bis und mit dem Monat des Eintritts des Versicherungsfalles Beiträge geleistet hat ([Art. 52a AHVV](#) und [Art. 52c AHVV](#)).
- 5257
1/25 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles (Invalidität, Tod oder Referenzalter) während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so sind bei der Ermittlung des Durchschnitts der Erziehungsgutschriften die Rz 5142, 5146 und 5164 zu beachten.

- 5263
1/25 Die Betreuungsgutschrift entspricht der dreifachen minimalen jährlichen Altersrente im Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs ([Art. 29^{septies} Abs. 4 AHVG](#)).
- 5351
1/25 Wird eine IV-Rente durch eine AHV-Rente abgelöst, so ist für die Berechnung der AHV-Rente grundsätzlich auf die für die bisherige IV-Rente massgebende Berechnungsgrundlage, d.h. sowohl auf die Rentenskala als auch auf das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen der bisherigen Invalidenrente abzustellen, falls dies für die berechnete Person vorteilhafter ist ([Art. 33^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 5351.1
1/25 [Art. 33^{bis} Abs. 1 AHVG](#) ist analog anwendbar, wenn eine Vater- oder Mutter-Waisenrente unmittelbar auf eine Kinderrente zur Invalidenrente des Vaters oder der Mutter folgt.
- 5355.1
1/25 Eine Ablösung im Sinne von [Art. 33^{bis} Abs. 1 AHVG](#) liegt ebenfalls vor, wenn eine Waisenrente nach dem Tod des Vaters oder der Mutter eine Kinderrente zur Invalidenrente des Vaters oder der Mutter folgt. Die Rz 5356 und 5357 sind ebenfalls anwendbar.
- 6074
1/25 Während der Aufschubsdauer können keine Witwen-, Witwer- oder Invalidenrenten ausgerichtet werden.
- 6075.1
1/25 Wenn eine Person, welche eine Hilflosenentschädigung und ggf. einen Assistenzbeitrag der IV bezieht, einen Aufschub der Altersrente (ganz oder teilweise) geltend macht, hat die Ausgleichskasse die Person über Folgendes zu informieren:
- Während der Aufschubsdauer besteht kein Anspruch auf die Hilflosenentschädigung und somit auch nicht auf den Assistenzbeitrag (Rz 8064.1)
 - Die Besitzstandgarantie ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#) und [Art. 43^{ter} AHVG](#)) lebt nach Abruf der aufgeschobenen Rente nicht wieder auf.
- 6080
1/25 Aufschiebbar sind Altersrenten. Das gilt auch für Altersrenten, die eine Invalidenrente ablösen ([Urteil des BGer vom](#)

[04.06.2024 i.S. 9C_705/2023](#)). Der Aufschub erfasst neben der Altersrente auch die dazugehörigen Kinderrenten.

6082 Während des Aufschubs der Altersrente besteht kein Anspruch auf die Hilflosenentschädigung ([Art. 43^{bis} AHVG](#)) und den Assistenzbeitrag (Rz 8064.1).
1/25

Die Besitzstandsgarantie ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#) und [Art. 43^{ter} AHVG](#)) lebt nach dem Abruf der aufgeschobenen Altersrente nicht wieder auf. In solchen Fällen wird die versicherte Person nach dem Abruf der Altersrente so behandelt, wie eine Person, die erst im AHV-Alter Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung hat.

6083 aufgehoben
1/25

6084 aufgehoben
1/25

6085 aufgehoben
1/25

6086 aufgehoben
1/25

6088 Stellt die Ausgleichskasse fest, dass der Aufschub der Rente nicht möglich ist, weil z.B.
1/25

- kein Anspruch auf eine Altersrente besteht (Rz 3003 ff.);
- die niedrige Teilrente gemäss einem Sozialversicherungsabkommen zwingend in Form einer PA auszurichten ist (vgl. Rz 1001 ff und Anhang I PA); oder
- die Frist zur Geltendmachung des Aufschubs verstrichen ist (Rz 6078 f),

so eröffnet sie dies der antragstellenden Person mit anfechtbarer Verfügung.

6089 aufgehoben
1/25

-
- 6099 aufgehoben
1/25
- 6108 Der Erhöhungsbetrag wird ermittelt, indem die Summe der aufgeschobenen Monatsbeträge durch die entsprechende Anzahl Monate dividiert wird. Dieser Betrag wird mit dem zutreffenden Prozentsatz gemäss Rz 6073 multipliziert ([Art. 55^{ter} Abs. 2 AHVV](#), [Urteil des BGer 9C_597/2023 vom 20.12.2023](#)).
- 8005 Wurde die Altersrente aufgeschoben, so besteht kein Anspruch auf die Hilflosenentschädigung. Die Besitzstandsgarantie gemäss [Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#) lebt nach dem Aufschub nicht wieder auf.
- 8022 Die Hilflosenentschädigung der AHV wird auch für die Zeit des Vorbezugs der ganzen Renten gewährt. Während dem Aufschub der Altersrente besteht hingegen kein Anspruch auf die Hilflosenentschädigung.
- 8064.1 Beim Aufschub eines Teils oder der ganzen Altersrente besteht kein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung (Rz 6082). Folglich besteht auch kein Anspruch auf einen Assistenzbeitrag ([Art. 43^{ter} AHVG](#)). Die Besitzstandsgarantie erlischt mit dem Aufschub endgültig.
- 9066.1 – während des Aufschubs kein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung und den Assistenzbeitrag besteht.
- 10002.1 Renten, deren Betrag 20 Prozent der minimalen Vollrente nicht übersteigt ([Art. 44 Abs. 2 AHVG](#)), können den leistungsberechtigten Personen, unabhängig von ihrem Wohnsitz, einmal jährlich ausbezahlt werden.
- 10086 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich auf ein Post- oder Bankkonto der leistungsberechtigten Person ausgerichtet. Auf ausdrückliches Verlangen der rentenberechtigten Person können die Leistungen hingegen auch mit einem Auszahlungsschein mit Referenznummer (ASR) ausbezahlt werden ([Art. 44 Abs. 1 AHVG](#), vgl. Rz 10095).

- 10087
1/25 Renten und andere Geldleistungen werden den im Ausland wohnenden Personen durch die Schweizerische Ausgleichskasse ausbezahlt.
- 10112
1/25 Wurde die Altersrente aufgeschoben, so entsteht erst nach Ablauf der Aufschubsdauer ein Anspruch auf die Hilflosenentschädigung; eine Nachzahlung für die Zeit während der Aufschubsdauer ist ausgeschlossen. Es handelt sich nicht um einen Aufschub der Hilflosenentschädigung, weshalb diese im Gegensatz zur Altersrente nicht mit dem versicherungsmässigen Gegenwert der während der Aufschubsdauer nicht bezogenen Leistung erhöht wird.
- 10190.1
1/25 – wenn die rückerstattungspflichtige Person in einem EU/EFTA-Staat wohnt und die ZAS die zu Unrecht ausgerichteten Leistungen nicht oder nur mit erheblichem Aufwand über den internationalen Amtshilfeweg bei den Verbindungsstellen der EU/EFTA geltend machen könnte.
- 10217
1/25 Die Verrechnung ist der rentenberechtigten Person durch die rentenauszahlende Ausgleichskasse in der Rentenverfügung (Rz 10152) oder, nachdem die entsprechende Rückforderungsverfügung (Rz 10149) in Rechtskraft erwachsen ist, in einer besonderen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung anzuzeigen. Bei IV-Renten obliegt diese Aufgabe der IV-Stelle, welche für den Erlass der Rentenverfügung zuständig ist. Im Einsprache- resp. Beschwerdeverfahren stellt die rentenauszahlende der forderungsberechtigten Ausgleichskasse eine Kopie der Einsprache- resp. Beschwerdeschrift zu. Die forderungsberechtigte Ausgleichskasse verfasst daraufhin eine Stellungnahme und stellt diese der rentenauszahlenden Ausgleichskasse zu.
- 1/25 **10.11 Antrag auf Verrechnung einer AHV/IV-Forderung mit einem EU/EFTA-Versicherungsträger**
- 10220
1/25 Die europäischen Koordinierungsvorschriften sehen vor, dass zu Unrecht ausbezahlte Leistungen mit Nachzahlungen oder laufenden Leistungen eines EU/EFTA-Staates

nach den jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften verrechnet werden können ([Art. 72 Abs. 1 Verordnung \(EG\) Nr. 987/2009](#)).

10221
1/25 Wenn eine zu Unrecht ausbezahlte Leistung der AHV/IV nicht vollständig zurückerstattet oder mit Leistungen in der Schweiz verrechnet werden konnte, kann die Ausgleichskasse beim zuständigen Versicherungsträger des betroffenen Staates eine Verrechnung beantragen.

10222
1/25 Die folgenden Kriterien müssen erfüllt sein:

- Eine Rückforderungsverfügung (Rz 10147 ff.) muss in der Schweiz rechtskräftig sein;
- ein vollständiger oder teilweiser Erlass der Rückerstattung wurde nicht gewährt (Kap. 10.8) und
- eine Verrechnung mit Nachzahlungen oder laufenden Leistungen in der Schweiz ist ganz oder teilweise nicht möglich (s. Rz 2013.1 [KSBIL](#)).

Für die Verrechnung von Forderungen mit fälligen ausländischen Leistungen gelten die Rz 10196 ff. sinngemäss.

10223
1/25 Die Ausgleichskassen leiten die Verrechnungsanträge nach dem in der [AHV/EL Mitteilung Nr. 488 Amtsvollstreckungshilfe im europäischen Umfeld \(Recovery-Richtlinien der ZAS\)](#) beschriebenen Verfahren an die ZAS weiter. Die ZAS leitet die Verrechnungsanträge an die Verbindungsstellen der EU/EFTA weiter.

10224
1/25 Für den Umfang, die Dauer und das Verfahren der Verrechnung gelten die Rz 10212 - 10217 sinngemäss.

1/25 Anhang I

1. Erfüllung der Mindestbeitragspflicht

Ob für einen Zeitabschnitt, während welchem eine Person *versichert und beitragspflichtig* war, der entsprechende Mindestbeitrag entrichtet worden ist bzw. für welchen Zeitraum die Beitragspflicht als erfüllt gilt, ist wie folgt festzustellen.

2. Kalenderjahre, für welche im IK Einkommen aufgezeichnet wurden

2.1 Unselbständigerwerbende

2.1.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	64	129	193	258	322	387	451	516	580	645	709	710
1973–1978	83	166	250	333	416	500	583	666	750	833	916	917
1979–1981	166	333	500	666	833	1000	1166	1333	1500	1666	1833	1834
1982–1985	208	416	625	833	1041	1250	1458	1666	1875	2083	2291	2292
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
2021–2022	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
2023–2024	404	808	1212	1616	2020	2424	2828	3232	3636	4040	4444	4445
ab 2025	417	834	1251	1668	2085	2502	2919	3336	3753	4170	4587	4588
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.1.2 Doppelter Mindestbeitrag

Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, werden für den nichterwerbstätigen Ehegatten wie folgt ermittelt. Ausgehend vom IK-Eintrag des erwerbstätigen Ehegatten, ist dem nichterwerbstätigen Ehegatten die Beitragsdauer gemäss nachstehender Tabelle anzurechnen.

Beispiel:

Der erwerbstätige Ehegatte hat für das Jahr 1996 einen IK-Eintrag von 6000 Franken. Dem nichterwerbstätigen Ehegatten können folglich 10 Monate angerechnet werden.

Jahre	Einkommen gemäss IK											ab Fr.
	bis und mit Fr.											
1948–1968	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1969–1972	128	258	386	516	644	774	902	1032	1160	1290	1418	1419
1973–1978	166	332	500	666	832	1000	1166	1332	1500	1666	1832	1833
1979–1981	332	666	1000	1332	1666	2000	2332	2666	3000	3332	3666	3667
1982–1985	416	832	1250	1666	2082	2500	2916	3332	3750	4166	4582	4583
1986–1989	500	1000	1500	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000	5500	5501
1990–1991	535	1070	1605	2140	2675	3210	3745	4280	4815	5350	5885	5886
1992–1995	594	1188	1782	2376	2970	3564	4158	4752	5346	5940	6534	6535
1996–2002	644	1288	1932	2576	3220	3864	4508	5152	5796	6440	7084	7085
2003–2006	701	1402	2103	2804	3505	4206	4907	5608	6309	7010	7711	7712
2007–2008	734	1468	2202	2936	3670	4404	5138	5872	6606	7340	8074	8075
2009–2010	759	1518	2277	3036	3795	4554	5313	6072	6831	7590	8349	8350
2011–2012	769	1538	2307	3076	3845	4614	5383	6152	6921	7690	8459	8460
2013–2018	778	1556	2334	3112	3890	4668	5446	6224	7002	7780	8558	8559
2019–2020	784	1568	2352	3136	3920	4704	5488	6272	7056	7840	8624	8625
2021–2022	791	1582	2373	3164	3955	4746	5537	6328	7119	7910	8701	8702
2023–2024	808	1616	2424	3232	4040	4848	5656	6464	7272	8080	8888	8889
ab 2025	833	1666	2499	3332	4165	4998	5831	6664	7497	8330	9163	9164
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.2 Nichterwerbstätige

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	67	134	201	268	335	402	469	536	603	670	737	738
1973–1978	83	166	249	332	415	498	581	664	747	830	913	914
1979–1981	167	334	501	668	835	1002	1169	1336	1503	1670	1837	1838
1982–1985	208	416	624	832	1040	1248	1456	1664	1872	2080	2288	2289
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
2021–2022	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
2023–2024	404	808	1212	1616	2020	2424	2828	3232	3636	4040	4444	4445
ab 2025	417	834	1251	1668	2085	2502	2919	3336	3753	4170	4587	4588
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3 Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber

Wegen der sinkenden Beitragsskala ist bei der Abklärung über die Erfüllung der Mindestbeitragspflicht allenfalls in zwei Schritten wie folgt vorzugehen:

Sind im IK mindestens die nachfolgenden Einkommen eingetragen, so ist die *jährliche Mindestbeitragspflicht* – im Falle unterjähriger Versicherungs- und Beitragspflicht die Beitragspflicht für die entsprechenden Monate – in jedem Fall erfüllt:

2.3.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1968	551
1969–1972	1 412
1973–1975	1 834
1976–1978	1 788
1979–1981	3 631
1982–1985	4 529
1986–1989	5 435
1990–1991	5 809
1992–1995	6 458
1996–2002	6 986
2003–2006	7 613
2007–2008	7 976
2009–2010	8 240
2011–2012	8 339
2013–2018	8 559
2019-2020	8 625
2021-2022	8 702
2023-2024	8 889
ab 2025	9 164

Unterschreiten die im IK eingetragenen Einkommen die oben aufgeführten Grenzwerte, so ist bei der für den Beitragsbezug zuständigen Ausgleichskasse der für das einzelne Kalenderjahr tatsächlich bezahlte AHV- (bis 1959) bzw. AHV/IV/EO-Beitrag (ab 1960) zu erfragen und gestützt darauf anhand der nachfolgenden Tabelle die Anzahl der Monate, für die die Beitragspflicht als erfüllt gilt, zu ermitteln (es ist durchaus möglich, dass trotz Unterschreitung der Grenzwerte gemäss obiger Tabelle anhand der nachstehenden Tabelle die jährliche Mindestbeitragspflicht als erfüllt gilt).

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960–1968	AHV/IV/EO	1	2	3	4	6	7	8	9	10	12	13	14
1969–1972	AHV/IV/EO	4	8	12	16	20	24	28	32	36	40	44	45
1973–1975	AHV/IV/EO	7	15	22	30	37	45	52	60	67	75	82	83
1976–1978	AHV/IV/EO	8	16	25	33	41	50	58	66	75	83	91	92
1979–1981	AHV/IV/EO	16	33	50	66	83	100	116	133	150	166	183	184
1982–1985	AHV/IV/EO	20	41	62	83	104	125	145	166	187	208	229	230
1986–1989	AHV/IV/EO	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1990–1991	AHV/IV/EO	27	54	81	108	135	162	189	216	243	270	297	298
1992–1995	AHV/IV/EO	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	331
1996–2002	AHV/IV/EO	32	65	97	130	162	195	227	260	292	325	357	358
2003–2006	AHV/IV/EO	35	70	106	141	177	212	247	283	318	354	389	390
2007–2008	AHV/IV/EO	37	74	111	148	185	222	259	296	333	370	407	408
2009–2010	AHV/IV/EO	38	76	115	153	191	230	268	306	345	383	421	422
2011–2012	AHV/IV/EO	39	79	118	158	197	237	277	316	356	395	435	436
2013–2015	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	441
2016–2018	AHV/IV/EO	39	79	119	159	199	239	278	318	358	398	438	439
2019	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	241	281	321	361	401	441	442
2020	AHV/IV/EO	41	82	124	165	206	248	289	330	372	413	454	455
2021-2022	AHV/IV/EO	41	83	125	167	209	251	293	335	377	419	461	462
2023-2024	AHV/IV/EO	42	85	128	171	214	257	299	342	385	428	471	472
ab 2025	AHV/IV/EO	44	88	132	176	220	265	309	353	397	441	485	486
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3.2 Doppelter Mindestbeitrag

Für die Ermittlung der Beitragsdauer des nichterwerbstätigen Ehegatten einer selbständigerwerbenden Person ist analog 2.1.2 vorzugehen.

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1953	1 013
1954–1968	1 101
1969–1972	2 751
1973–1978	3 576
1979–1981	7 239
1982–1983	8 801
1984–1985	8 988
1986–1989	10 638
1990–1991	11 364
1992–1995	12 563
1996–2002	13 663
2003–2006	14 851
2007–2008	15 588
2009–2010	16 138
2011–2012	16 314
2013–2018	16 688
2019–2020	16 864
2021–2022	17 051
2023–2024	17 414
ab 2025	17 964

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	23
1960–1968	AHV/IV/EO	2	4	6	8	12	14	16	18	20	24	26	27
1969–1972	AHV/IV/EO	8	16	24	32	40	48	56	64	72	80	88	89
1973–1975	AHV/IV/EO	14	30	44	60	74	90	104	120	134	150	164	165
1976–1978	AHV/IV/EO	16	32	50	66	82	100	116	132	150	166	182	183
1979–1981	AHV/IV/EO	32	66	100	132	166	200	232	266	300	332	366	367
1982–1985	AHV/IV/EO	40	82	124	166	208	250	290	332	374	416	458	459
1986–1989	AHV/IV/EO	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1990–1991	AHV/IV/EO	54	108	162	216	270	324	378	432	486	540	594	595
1992–1995	AHV/IV/EO	60	120	180	240	300	360	420	480	540	600	660	661
1996–2002	AHV/IV/EO	65	130	195	260	325	390	455	520	585	650	715	716
2003–2006	AHV/IV/EO	70	141	212	283	354	425	495	566	637	708	779	780
2007–2008	AHV/IV/EO	74	148	222	296	370	445	519	593	667	741	815	816
2009–2010	AHV/IV/EO	76	153	230	306	383	460	536	613	690	766	843	844
2011–2012	AHV/IV/EO	79	158	237	316	395	475	554	633	712	791	870	871
2013–2015	AHV/IV/EO	80	160	240	320	400	480	560	640	720	800	880	881
2016–2018	AHV/IV/EO	79	159	239	318	398	478	557	637	717	796	876	877
2019	AHV/IV/EO	80	160	241	321	401	482	562	642	723	803	883	884
2020	AHV/IV/EO	82	165	248	330	413	496	578	661	744	826	909	910
2021-2022	AHV/IV/EO	83	167	251	335	419	503	586	670	754	838	922	923
2023-2024	AHV/IV/EO	85	171	257	342	428	514	599	685	771	856	942	943
ab 2025	AHV/IV/EO	88	176	265	353	441	530	618	706	795	883	971	972
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

1/25 **Anhang III****Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder**

Kinder	Altersjahr	1/2					1/4				
		2015	2019	2021	2023	2025	2015	2019	2021	2023	2025
1 Kind	bis 6	750	757	763	782	804	375	378	382	391	402
	7-12	798	805	812	832	856	399	403	406	416	428
	13-16	798	805	812	832	856	399	403	406	416	428
	17 u. älter	915	923	931	954	981	457	461	465	477	491
1 von 2 Kindern	bis 6	628	634	639	655	674	314	317	320	328	337
	7-12	681	687	692	710	730	340	343	346	355	365
	13-16	690	696	702	719	740	345	348	351	360	370
	17 u. älter	772	779	785	805	828	386	389	393	402	414
1 von 3 Kindern	bis 6	568	573	578	592	609	284	287	289	296	305
	7-12	598	604	609	624	642	299	302	304	312	321
	13-16	607	613	618	633	651	304	306	309	317	326
	17 u. älter	694	700	706	723	744	347	350	353	362	372
1 von 4 od. mehr Kindern	bis 6	525	530	534	547	563	262	265	267	274	281
	7-12	564	569	574	588	605	282	285	287	294	302
	13-16	564	569	574	588	605	282	285	287	294	302
	17 u. älter	637	643	648	665	684	319	322	324	332	342

1/25 **Anhang IV****Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten (vgl. Rz 3019 ff.) und die Berechnung der grossen Härte (Rz 10174 ff.)****Stand 1. Januar 2025****Gemeinsame Ansätze**

	Jahresbeträge in Franken
Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf	
– für Alleinstehende	20 670
– für Ehepaare	31 005
 für Kinder ab 11 Jahren	
– für jedes der ersten zwei Kinder	10 815
– für jedes der weiteren zwei Kinder	7 210
– für jedes der übrigen Kinder	3 605
für Kinder bis 11 Jahre	
– für das erste Kind	7 590
– für das zweite Kind	6 325
– für das dritte Kind	5 270
– für das vierte Kind	4 390
– für jedes der übrigen Kinder	3 660
 <i>Krankenkassenprämie</i>	
– für Erwachsene	8 556
– für junge Erwachsene	1 980
– für Kinder	6 420

Ansätze nur für die Berechnung des Härtefalles

	Jahresbeträge in Franken
Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	18 900
– Ehepaar ohne Kinder	22 320
– Ehepaar mit einem Kind	24 780
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	27 060
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ²	11 160
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	18 300
– Ehepaar ohne Kinder	21 720
– Ehepaar mit einem Kind	23 760
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	25 920
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁸	10 860
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	16 680
– Ehepaar ohne Kinder	20 160
– Ehepaar mit einem Kind	22 200
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	24 000
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁸	10 080

² Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Ansätze nur für die Berechnung der grossen Härte

	Jahresbeträge in Franken
Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	18 900
– Ehepaar ohne Kinder	22 320
– Ehepaar mit einem Kind	24 780
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	27 060
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ³	11 160
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	18 300
– Ehepaar ohne Kinder	21 720
– Ehepaar mit einem Kind	23 760
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	25 920
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁹	10 860
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	16 680
– Ehepaar ohne Kinder	20 160
– Ehepaar mit einem Kind	22 200
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	24 000
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁹	10 080
Betrag für persönliche Auslagen (für Personen in Heimen und Spitälern)	4 800
Vermögensverzehr für Personen in Heimen und Spitälern, die das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht haben (Invalidenrenten, Hinterlassenenrenten, Waisenrenten)	1/15
Vermögensverzehr für Altersrentnerinnen und -rentner sowie Hinterlassenenrentnerinnen und -rentner im ordentlichen Rentenalter in Heimen und Spitälern	1/10
kantonale. Begrenzung der Heimkosten	keine
zusätzliche Ausgabe	
– bei Alleinstehenden	8 000
– bei Ehepaaren	12 000
– bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	4 000

³ Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Übersicht über die Freibeträge für die Anrechnung des Vermögens (Art. 11 Abs. 1 Bst. c und 1^{bis} ELG)

	Jahresbeträge in Franken
Alleinstehende	30 000
Ehepaare	50 000
bei rentenberechtigten Waisen sowie Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	15 000
Selbstbewohnte Liegenschaft (Normalfall)	112 500
Selbstbewohnter Liegenschaftsbesitz (Sonderfälle):	300 000
a) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, während der andere im Heim oder Spital lebt;	
b) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, welcher eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht;	
c) Die Liegenschaft wird von einer alleinstehenden Person bewohnt, welche eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht.	